

Aktuelles aus der Sozialpolitik: Sozialkonferenz des Kantons Zürich

30. November 2017, Winterthur

Geschätztes Co-Präsidium, Mitglieder des Vorstandes,
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter von Kanton, Bezirken und Gemeinden,
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Gemeinden machen einen sehr guten Job in der Sozialpolitik. Die Gemeinden, das sind sie! Danke für ihr Engagement!

Der neuste **Sozialbericht des Kantons Zürich** enthält eine Fülle von Informationen, Tabellen und Diagrammen. 2016 ist die Zahl der Sozialhilfebezüger und – bezügerinnen erneut leicht angestiegen. Die **Sozialhilfequote** ist immer noch **stabil** (seit 2010 bei 3,2%). In den Städten hat es mehr Arbeitslose und Ausgesteuerte. Daher ist die Sozialhilfequote in städtischen Regionen höher als auf dem Land.

Hinter den Zahlen stehen **Menschen**. Oft betroffen sind Kinder, in Haushalten mit minderjährigen Kindern ist die Sozialhilfeabhängigkeit überdurchschnittlich, dies gilt insbesondere für alleinerziehende junge Mütter im Alter bis 25. Ich danke Ihnen allen dafür, dass sie das **letzte Auffangnetz in den Gemeinden** gespannt halten und mitgestalten. Es ist wichtig für den **sozialen Frieden** und nicht zuletzt auch für die **Sicherheit**.

Gerne erinnere ich an dieser Stelle an die aktuell geltenden **SKOS-Richtlinien**. Die zweite Etappe der Änderungen ist seit 1. Januar in Kraft. Die Richtlinien beinhalten nun Hinweise, wie **Schwelleneffekte verhindert** werden können, die **situationsbedingten Leistungen und die Hinweise zu den Mietzinsmaxima sind inhaltlich präziser**. Der Kanton Zürich hat die Revision stets begrüsst, auch die erste Etappe mit griffigeren Sanktionsmöglichkeiten und den Kürzungen beim Grundbedarf für junge Erwachsene und grosse Familien. Wir sind überzeugt, dass es **verbindliche Vorgaben** braucht, nicht nur im Kanton Zürich, sondern **schweizweit**. Auch wenn das andere Kantone anders beurteilen: zB Bern, wo mein Kollege Schnegg dort die Kürzung des Grundbedarfes um 10 Prozent stützt; davon halte ich nichts: Zürich wird sich weiterhin für schweizweit einheitliche Richtlinien engagieren.

Die Sozialhilfe gehört zu den Sozialkosten, aber sie ist nur ein **(kleiner Teil) der Sozialkosten**. Es ist nicht in Ordnung, dass in der aktuellen Debatte rund um die Lastenverteilung immer und immer wieder nur die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen thematisiert werden. **Alle müssen alle Kosten im Auge behalten, auch diejenigen im Gesundheits- und Bildungsbereich**. Alle müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Nur gemeinsam lassen sich die sozialen Probleme lösen.

Vom **Geist der Zusammenarbeit** wird die **Totalrevision des Sozialhilfegesetzes** geprägt sein. Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe hat einen Entwurf erarbeitet und selbstverständlich waren auch die Gemeinden und Ihre Konferenz daran. Das Gesetz befindet sich derzeit in der internen Konsultation bei den Direktionen des RR. Ich gehe davon aus, dass **ab Frühjahr 2018 eine breite Vernehmlassung** und die dazu gehörende **politische Diskussion** stattfinden kann. Darauf freue ich mich!

Stichwort Zusammenarbeit. Im Sommer hatte ich Gelegenheit, auf Sizilien einen **EU-Hotspot für Flüchtlinge** zu besuchen. Ich konnte mit eigenen Augen sehen, wie Bootsflüchtlinge die ersten Schritte in Europa machten, wie sie registriert, medizinisch versorgt und mit dem Nötigsten ausgestattet wurden. **Fazit 1: lückenlose Erfassung aller Einreisenden, hervorragende Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, grosses Engagement**. Die Schweiz ist über Frontex beteiligt, sie kann auch davon profitieren. Dublin funktioniert. Dank an italienische Behörden. **Fazit 2:** Es kommen weniger Menschen über das Mittelmeer und die Schweiz ist nicht ihr primäres Ziel. Derzeit der tiefste Wert seit 2010.

Asyl im Kanton Zürich: alle Gemeinden erfüllen die Quote, weiterhin möglichst **konsequenter Vollzug**, neu **Härtefallprüfung von Amtes wegen**, **Nothilfeszahlen stark reduziert** (von 1'500 im Jahre 2012 auf 593). Gute Zusammenarbeit zwischen Sozialamt, Migrationsamt und der Kantonspolizei.

Im Asylwesen ist weiterhin mit Schwankungen zu rechnen. Bund, Kantone und Gemeinden müssen gemeinsam sicherstellen, dass sie schwankungstaugliche Strukturen haben.

Asylregion Zürich: 870 Plätze in drei Bundesasylzentren. Stadt Zürich:

Volksabstimmung positiv. **Embrach:** Teilinbetriebnahme. **Als erste Asylregion kann im Kanton Zürich das neue Asylverfahren von A bis Z durchgeführt werden.**

Rümlang: 3. Standort bekannt. **Weil im Kanton Zürich alle ihren Job machen, hat Zürich seinen Job gemacht.** Das neue Asylverfahren bringt Vereinfachungen. Der Bund muss halten, was er versprochen hat. Den Kantonen darf nicht alles aufgebürdet werden. Dabei geht es immer auch um Geld, selbstverständlich.

Wir sind daran, die Asylregion Zürich zu definieren. Das **neue Asylgesetz** wird per **1. März 2019 in Kraft** treten. Bis dahin müssen auch wir im Kanton bestimmt haben, welche kantonalen Unterkünfte welche Aufgaben übernehmen. Wir werden den GPV und auch sie rechtzeitig über unsere Entscheide informieren.

Dass Vorläufig Aufgenommene in Zukunft wieder nach gleichen Ansätzen unterstützt wie Asylsuchende, das wissen Sie ja. Deutliche Zustimmung der Zürcher Stimmbevölkerung am 24. September. Die Regierung hat die angepasste **Asylfürsorgeverordnung** mit einer Übergangsfrist in Kraft gesetzt. So bleibt Ihnen - - genug Zeit für die Umsetzung. Die Gemeinden haben Spielraum – nutzen Sie ihn!

Weitere Themen: Kantonales Projekt im Zusammenhang mit der **UNO-BRK**. Studie in Arbeit, die Handlungsbedarf aufzeigen soll im Kanton Zürich. **Interessenverbände und Direktbetroffene begleiten diese Studie, das ist gut so.** Kanton Zürich setzt sich ein für Menschen mit Behinderungen. Jährlich rund 280 Millionen Franken. Verbesserungen sind immer möglich. Daher gespannt auf die Empfehlungen.

Auf Bundesebene aktuell Diskussion über Revision der **Ergänzungsleistungen**. Reformen notwendig, Ausgaben haben stark zugenommen, auch im Kanton Zürich.

Altersvorsorge 2020. Nein am 24. September. Die zunehmend ältere Bevölkerung stellt uns vor grosse Herausforderungen. In der Zivilgesellschaft Bemühungen, auf diese Entwicklung zu reagieren. Stichwort Nachbarschaftshilfe, Entlastungsdienste. Als Sozialdirektor unterstütze ich Bemühungen, auch diejenigen von Privaten. Aber selbstverständlich es braucht für eine gute Sozialpolitik auch den Staat; also Sie!

Ruedi Hofstetter: Amtschef seit 2003; eine Epoche geht zu Ende! Ich bedanke mich – sicher auch in ihrem Namen – und **der Applaus gilt Dir, lieber Ruedi!**